

Leitplanken  
gegen den  
Wertezerfall

# Was hält unsere Gesellschaft heute noch zusammen?

Hans-Peter Repnik

Nicht viel, könnte man meinen, wenn man einige der schon fast hysterischen Kommentare zum Begriff der deutschen Leitkultur in den letzten Wochen betrachtet. Ein Armutszeugnis für die politische Kultur in unserem Land ist die Art der Diskussion über diesen Begriff, wie sie von der politischen Linken geführt wurde, auf jeden Fall. Denn sie zeigt, dass das PR-gesteuerte Polit-Management der Schröder-Regierung versucht, Themen zu umschiffen, die unbequem sind. Bei Schröder sollen Diskussionen über Begriffe vermieden werden, die sich nicht in so genannten Konsensrunden lösen lassen.

Die Folgen einer solchen „Sprachlosigkeit“ sind oft genug beschrieben worden: Wenn beispielsweise die Diskussion über unsere nationale Identität zum Tabu erklärt wird, entsteht ein Vakuum, das von Extremisten an den Rändern unserer Gesellschaft schnell gefüllt wird. Diejenigen, die anderen vorwerfen, sie seien geistige Brandstifter, müssen sich deshalb vorhalten lassen, durch Tabus, Ausgrenzungen und Überreaktionen selbst das Terrain für Grenzüberschreitungen zu bereiten. Bei vielen radikal erscheinenden Gewalttaten steckt eben keine politische Überzeugung dahinter. Vielmehr werden sie oft von Menschen verübt, die mit dem Brechen von Tabus und durch gezielte Provokation auf sich aufmerksam machen wollen.

Zur politischen Kultur in unserem Land sollte deshalb auch eine offene Diskussionskultur gehören, die es sich zur Aufgabe macht, über Tagesaktuelles hi-

naus über Werte, Normen und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu streiten und den Menschen Definitionen anzubieten, über die sie ihre Identität finden können. Für die Parteien gilt, dass sie auch die Themen zunächst intern und schließlich in der Öffentlichkeit kontrovers diskutieren müssen, die am stärksten angst- oder auch vorurteilsbehaftet sind: Neben dem Thema Zuwanderung und Integration sind weitere aktuelle Beispiele die Chancen und Risiken der Gentechnik, die Revolution von Wirtschaft und Kommunikation durch das Internet oder die Folgen von Globalisierung und New Economy. Am Beispiel der Globalisierung wird die Notwendigkeit einer öffentlichen politischen Wertediskussion besonders gut deutlich.

Das Wort Globalisierung hat immer noch Hochkonjunktur. Kaum eine Woche vergeht ohne spektakuläre Fusionen. So genannte „Global Players“ bestimmen kontinentübergreifend den Tanz um den goldenen Markt. Durch Informations- und Kommunikationstechnologien nehmen die Bindekräfte der jeweiligen Nationalstaaten ab, die Welt wird förmlich zum globalen Dorf. Der Historiker Hans-Peter Schwarz macht besonders im letzten Jahrzehnt einen tief greifenden Wandel aus, der auch die Einstellungen zum „Dasein“ und zu den „Lifestyles“ erfasst. Norbert Blüm konstatiert: „Wir verlieren den Zusammenhalt der Gesellschaft.“ Andere behaupten, der Grundwert der Solidarität sei in Deutschland derzeit am meisten gefährdet. Soziologen bemängeln

schließlich, der moralische Zustand unseres Gemeinwesens habe einen Besorgnis erregenden Zustand erreicht. Der fortschreitende Wertezerrfall in unserer Gesellschaft sei von großem Übel, warnen sie, die Orientierungslosigkeit habe schon weite Teile der Gesellschaft erfasst. Verliert also unsere Rechtsordnung an moralischer Verbindlichkeit, schwindet der Gemeinsinn unter dem Druck der Individualisierung?

Angesichts wachsender Orientierungslosigkeit weiter Teile der Gesellschaft und schwindenden Gemeinsinns ist auch die Politik gefordert, moralische Leitplanken zu errichten und den fortschreitenden Wertezerrfall aufzuhalten. Politik muss Orientierung geben, muss verlässlicher Kompass sein in einer sich immer rascher verändernden Welt und aktiv mithelfen, unsere Gesellschaft zu gestalten. Rotgrüne Beliebigkeit hilft hier nicht weiter. Es bedarf eines klar definierten Zieles und eines Weges, auf dem wir die Menschen mitnehmen in die Zukunft. Dabei wird die Antwort auf die Frage, welche Werte und Normen unsere Gesellschaft noch zusammenhalten, von zentraler Bedeutung sein.

In seinem neuen Buch *Der große Aufbruch* prognostiziert Francis Fukuyama eine weltweite Renaissance von Ordnung und Ethik. Das Zusammenleben und Zusammenwirken in Gesellschaft und Staat setzt auch heute noch einen Grundkonsens über dasjenige voraus, was als Orientierung gelten soll. Diese Orientierung in einer Zeit einzufordern, in der vielfältige Meinungen und Lebensformen einen Anspruch auf Anerkennung durch die Gesellschaft erheben, muss Widerspruch erzeugen. Vielfach weisen diejenigen, die Vorkämpfer und Verfechter einer geschichtlich dynamischen Moral und eines grenzenlosen Pluralismus waren, heute besorgt darauf hin, dass es in unserer Gesellschaft immer selbstverständlicher wird, nur noch den eigenen Interessen zu

folgen nach dem Motto: „Wenn jeder an sich selbst denkt, ist doch an jeden gedacht.“ Keine Gesellschaft, auch eine pluralistisch organisierte nicht, kann es sich leisten, die Anerkennung von gemeinsamen Grundwerten grundsätzlich infrage zu stellen. Gerade die Volkspartei CDU muss deshalb diese Grundwerte vertreten und vermitteln, muss deutlich machen, welche Prioritäten sie setzt, welche Leitbilder und Traditionen sie im Blick hat, welche innere Ordnung sie sucht. So setzt beispielsweise eine funktionierende Marktwirtschaft eine intakte Zivilgesellschaft voraus, die Werten wie Gemeinsinn und Verantwortung für das Ganze, Vertrauen und Ehrlichkeit, Gerechtigkeit und Fairness im Umgang mit anderen, Toleranz und individueller Freiheit verpflichtet ist. Werte, die das menschliche Zusammenleben erst ermöglichen, das faire Austragen von Konflikten, die für einen gerechten Ausgleich der Interessen sorgen, die individuelles Streben ebenso ermöglichen und fördern wie freiwilliges soziales Engagement.

Werte können nicht ständig neu erfunden werden, sie müssen vielmehr sorgsam gepflegt werden. „Was du ererbt von deinen Vätern“, sagte Goethe, „erwirb es, um es zu besitzen.“ Die Grundwerte unserer Gesellschaft, die unser Denken und Handeln prägen, müssen wir bewahren. Hierzu zählen in jedem Fall Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität; sie müssen aller gesellschaftlichen Verfügbarkeit entzogen sein. Diese Grundwerte bestimmen sich nicht nach den Interessen oder den subjektiven Wertschätzungen Einzelner. Sie sind unverzichtbare Grundlage einer humanen Gesellschaft, die auf unserem vom christlichen Glauben geprägten Menschenbild beruht. Allgemein ist unter Tugend eine durch Handeln erworbene Fähigkeit zu verstehen, das „sittlich Gute“ zu tun. Das „sittlich Gute“ ist – zumindest in gewisser Weise – abhängig von den zeitbedingten Wertvorstellungen

*„Was Du ererbst von Deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen“.*  
Das Goethe-Schiller-Denkmal in Weimar. Foto: Paul Glaeser



gen eines Volkes. Dennoch gibt es einen Kern, der Bestand hat. Danach ist das „sittlich Gute“ dasjenige, was das Glück vermehrt und das Leid mindert; wobei zu berücksichtigen ist, dass das Glück des Einzelnen nie auf Kosten der Gemeinschaft gehen darf und jene ihre Ideale nie zu Lasten der Grundrechte des Einzelnen verwirklichen kann: Es muss also stets einen Ausgleich zwischen den Anliegen des Individuums und der Gesellschaft geben. Als CDU stehen wir deshalb für eine Balance von Freiheit und Verantwortung, von Rechten und Pflichten.

Neben dem verantwortungsvollen Umgang mit der Freiheit in unserer Gesellschaft ist eine weitere zentrale Frage die nach dem künftigen Gerechtigkeitsmaßstab. Auch in dieser Frage sind wir als CDU besonders angesprochen. Wolfgang Schäuble hat einmal darauf hingewiesen, dass „Jahrzehnte wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung uns auf diese Weise nicht mehr sozialen Zusammenhalt beschert, sondern weniger“. Ist es zum Beispiel gerecht, wenn in Deutschland knapp vier Millionen Menschen dauerhaft arbeitslos sind oder wenn auf unserem Globus 225 Menschen eine Billion Dollar besitzen, eine Milliarde Menschen hingegen täglich nur einen Dollar für ihren Lebensunterhalt zur Verfügung haben? Hier ist unser christliches Menschenbild gefragt. Wenn wir vor diesem Hintergrund über Gerechtigkeit debattieren, müssen wir über „Chancengerechtigkeit“ oder besser noch von „Beteiligungsgerechtigkeit“ sprechen. Alle, unabhängig von Herkunft und anderen äußeren Merkmalen, müssen die Chance erhalten, unter eigener Anstrengung ein Höchstmaß an Zugang zu den Chancen unserer Zeit zu bekommen. Die CDU hat ihr sozialpolitisches Credo in dem Satz zusammengefasst: Sozial ist, was Beschäftigung schafft. Bischof Homeyer hat ganz Recht,

wenn er sagt: „Es kommt darauf an, allen – je nach ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten – Chancen auf Teilhabe und Lebensperspektive zu geben, anstatt sich damit zu begnügen, Menschen ohne echte Teilhabe lediglich finanziell abzusichern.“

Wir sind gut beraten, wenn wir uns in der Frage der Tugenden an dem griechischen Philosophen Aristoteles orientieren, der das nachdenkliche Abwägen selbst zu einer Tugend erhebt. Demnach ist der tugendhafte Weg gewissermaßen jener der Mitte. Nicht umsonst ist das Maßhalten eine der vier Kardinaltugenden. Politisch übersetzt bedeutet dies für die Union als die große Volkspartei der „Mitte“: Auch in Zukunft werden wir das große Maß an Integrationsfähigkeit zwischen den verschiedenen Strömungen und Traditionen aufbringen müssen. Unser historisches Verdienst nach dem Zweiten Weltkrieg war es, den nicht immer einfachen Spagat zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, zwischen Protestanten und Katholiken, zwischen Wertkonservativen und Progressiven, zwischen Nationalkonservativen und Liberalen zu bewältigen. Die Profilschärfung der CDU hängt nicht so sehr davon ab, ob dies mehr „links“ herum oder „rechts“ herum geschieht, sondern zeichnet sich dadurch aus, dass sie von der Leidenschaft für die Freiheit getragen ist, die zu mehr Gemeinsinn beiträgt und nicht Einzelegoismen bedient. Unser Profil muss sich vor allem durch wertorientierte Politik auszeichnen, die möglichst viele beteiligt und dadurch die Menschen in Verantwortung für das Gemeinwesen nimmt. Auf diesem Weg erreichen wir das Ziel einer freiheitlichen, gerechten, solidarischen Gesellschaft, die Antwort gibt für die moderne Welt, die die Chancen im neuen Jahrhundert nutzt und die Brücken in die Zukunft baut.